



Rechtsausschuss

10. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 13.50 Uhr

14.00 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Einzelplan 04 - Justizministerium
Vorlagen 13/304 und 13/446

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion und Abstimmung der einzelnen Anträge; die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 13/514 zu entnehmen.

^{*)} Vertr. Teil mit TOP 6 siehe Vertr. APr 13/3

- 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten** 9

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/472

Der Vorsitzende fasst als Meinung des Ausschusses zusammen, sich einer eventuellen Anhörung anzuschließen und Fragen sowie Vorschläge für Sachverständige über die jeweiligen Mitglieder im federführenden Ausschuss zu formulieren.

- 3 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene** 9

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/623

Die Beratung wird vertagt.

- 4 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen** 10

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

Die Beratung wird vertagt.

- 5 Verschiedenes** 10
hier: Verabschiedung des Staatssekretärs Dr. Ritter im Justizministerium

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/472

(vom Plenum am 14. Februar 2001 an den Hauptausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und an den Rechtsausschuss überwiesen)

Peter Biesenbach (CDU) bittet im Namen der CDU-Fraktion, zumindest die Beratung über die Punkte 2, 3 und 4 wegen noch ausstehender Abstimmung in seiner Fraktion zu vertagen.

Anke Brunn (SPD) spricht sich, sollte der federführende Ausschuss eine Anhörung beschließen, dafür aus, die Fragestellungen aus Sicht des Rechtsausschusses einzubringen, beispielsweise die Klagen aufzunehmen, dass die UN-Kinderkonvention in Deutschland noch nicht in hinreichendem Maße ihren Niederschlag finde.

Der **Vorsitzende** fasst als Meinung des **Ausschusses** zusammen, sich einer eventuellen Anhörung anzuschließen und Fragen sowie Vorschläge für Sachverständige über die jeweiligen Mitglieder im federführenden Ausschuss zu formulieren.

3 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/623

(vom Plenum im Anschluss an die erste Lesung am 14. Februar 2001 an den Ausschuss für Kommunalpolitik - federführend - sowie an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und an den Rechtsausschuss überwiesen)

Die Beratung wird vertagt.